

Leviathan after the Boom. Public Finance in the industrialized Western Countries since the 1970's

Veranstalter: Marc Buggeln / Alexander Nützenadel / Michael Wildt, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Datum, Ort: 13.06.2013–15.06.2013, Köln

Bericht von: Julian Becker, Seminar für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Universität zu Köln

Nur wenige Zäsurierungsversuche scheinen derzeit in der deutschen Zeitgeschichtsforschung so erfolgreich wie die Einteilung der Nachkriegszeit in eine Phase des „Booms“ – und eine „nach dem Boom“. Üblicherweise teilt diese Wasserscheide die Nachkriegszeit in einen ersten Zeitraum mit hohen Wachstumsraten und stabilen öffentlichen Finanzen – und einen zweiten, der in vielerlei Hinsicht als genaues Gegenteil verstanden wird. Auf dieser Periodisierung basierte auch der Titel einer vom Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität organisierten, von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten, international wie interdisziplinär besetzten Konferenz, die vom 13.–15. Juni im Haus der Fritz-Thyssen-Stiftung (Köln) stattfand. Dort sollte der „Leviathan after the Boom“ in den Blick genommen werden – mit einem Schwerpunkt auf „Public Finance in the industrialized Western Countries since the 1970's“. Im Fokus stand also die Finanzwirtschaft der öffentlichen Haushalte im Hinblick auf Einnahmen- wie Ausgabenseite sowie staatliche Verschuldung. Für seine Einführung wählte MARC BUGGELN (Berlin) die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre als Ausgangspunkt und näherte sich ihr mithilfe politischer Karikaturen. Themen der öffentlichen Finanzwirtschaft hätten im Zuge der Krisenentwicklungen einen Aufmerksamkeitsschub erhalten. Zugleich habe sich die kurzzeitig mit der Krise verbundene Statusentwertung ökonomischer Experten bald in ihr Gegenteil verkehrt. Doch während so ökonomische „Zahlen und Figuren“ ihre Schlüsselposition hätten behaupten können, sei für die Aktionen der Politik eine gewisse Geschichtsvergessenheit kennzeichnend gewe-

sen. Dieses Spannungsfeld spiegele sich auch in Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Historikern, Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Soziologen wider, die zu überwinden ein Ziel der Konferenz sei.

Das erste Panel rückte die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ins Zentrum. Den Anfang machte MARTIN DAUTON (Cambridge) mit einer Untersuchung britischer Steuerreformüberlegungen und deren Scheitern seit den 1970ern. Ideelles Fundament der konservativen Reformkonzepte sei der Aufbau einer „unternehmerischen“ britischen Gesellschaft gewesen. In die Realität seien allerdings nur wenige der Vorhaben umgesetzt worden; Gewinner der Reform seien vor allem höhere Einkommensgruppen und Vermögensbesitzer gewesen. Die Grundzüge der Wahrnehmung einer Reformbedürftigkeit des Steuersystems bestünden bis heute fort. Im Anschluss verschob MARC BUGGELN (Berlin) den Blick auf den Kontinent und befasste sich in seinem Beitrag mit (Dis-)Kontinuitäten in der bundesdeutschen Steuerpolitik von Schmidt bis Schröder. Diese betrachtete er unter dem Gesichtspunkt ihrer redistributiven Wirkungen. Als Einstieg wählte er die Steuerreform von 1974, welche zu einer Zunahme der Staatsverschuldung, jedoch auch zu einer Reduktion der Einkommensungleichheit beigetragen habe. Im Zuge der „geistig-moralischen Wende“ seien Reformen der Einnahmenseite erst in der zweiten Hälfte der 80er erfolgt. Dabei versuchten innerhalb der Koalition Vertreter der CDU, die „soziale Symmetrie“ zu wahren, weshalb eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit in der Bundesrepublik zunächst im internationalen Vergleich geringer gewesen sei. Die Steuerpolitik der rot-grünen Regierung hingegen weise schließlich Züge einer neoliberalen Wende auf, mit verteilungspolitischen Konsequenzen. W. ELLIOT BROWNLEE (Santa Barbara) und EISAKU IDE (Tokio) blickten vergleichend auf das Steuerwesen in den USA und Japan. Beiden Staaten sei ein hoher Grad der Staatsverschuldung bei einem niedrigen Steuerebeneau gemeinsam. Dies wurde mit Blick auf den schwachen „tax consent“ untersucht. In beiden Ländern hätten Steuerreduktionen in der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle für die soziale Integration gespielt. Dies habe

dann ab den 1970ern Konsequenzen entfaltet, als die Steuereinnahmen knapper wurden. Die US-Politik habe auf das Ende von „easy finance“ mit Steuerreduktionen reagiert – um später auf einen Konsolidierungspfad einzuschwenken. Zudem seien in den 00er-Jahren weitere Steuererleichterungen eingeführt worden, insbesondere zugunsten höherer Einkommensgruppen. Ähnlichkeiten würden sich im japanischen Fall zeigen. Ein Unterschied zur USA sei jedoch, dass die japanische Regierung zunächst nicht auf einen sozialpolitischen Rückzug, vielmehr auf den Ausbau des „construction-state“ gesetzt habe. GISELA HÜRLIMANN (Zürich) beschäftigte sich mit dem Schweizer „Tax-welfare-state“. Ein besonderes Augenmerk richtete sie auf den kantonalen Steuerwettbewerb. In der „Post-Boom“-Zeit und insbesondere in den 00er-Jahren hätte sich dieser intensiviert und sei als Mittel zur Steigerung der fiskalischen Wettbewerbsfähigkeit gesehen worden, während sich in den 1960ern und -70ern Kritik am Steuerwettbewerb eine Rolle gespielt hätte. Darüber hinaus versuchte Hürlimann zu entschlüsseln, wie ein Absinken der direkten Besteuerung bei gleichzeitigem Ausbau des Wohlfahrtsstaates möglich gewesen sei. Hierbei spiele auch der Zufluss ausländischen Vermögens eine Rolle. Die sich an das erste Panel anschließende Diskussion sowie der Kommentar von MARK SPOERER (Regensburg) erörterten dabei die Frage, inwieweit sich ein Steuerwettbewerb auch auf internationaler Ebene feststellen lasse, wie verschiedene soziale Gruppen sich um das Erlangen von steuerpolitischen Vorteilen bemühen würden und inwieweit divergierende Sichtweisen auf das Steuersystem zwischen Politikern und der Verwaltungsseite existieren würden.

Der Abendvortrag von PETER H. LINDERT (Davis, CA) widmete sich fiskalischen „Fallen“ für die industrialisierten Staaten in der Nachkriegszeit und näherte sich hierbei der Frage, ob Ansprüche von Interessengruppen zu einer Spirale der Umverteilung und Wachstumsschädigung geführt hätten. Ein zentraler Aspekt aus theoretischer Sicht sei die Größe der Interessengruppen. Befürchtungen einer stetigen Zunahme der staatlichen Subventionierung seien insofern nicht

begründet, als dass der Anteil der unterstützten Gruppen an der Bevölkerung tendenziell zurückgegangen sei. Dies liege auch darin begründet, dass Subventionen häufig an Sektoren flössen, die sich ohnehin im Niedergang befänden. Dies habe jedoch eine wichtige politische Implikation: Denn mit dem Schrumpfen der Gruppengröße wachse zugleich deren politisches Engagement, so dass der Staat in die „fiscal trap“ kleiner, mächtiger Interessengruppen tappe. Die sich anschließende Diskussion erörterte unter anderem die politische Position des Agrarsektors und der Rentenbezieher.

Das zweite Panel fragte nach Entwicklungspfaden von Staatsausgaben und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und Krisen. REIMUT ZOHLNHÖFER (Heidelberg) stellte einen Vergleich der Politik der Budgetdefizitreduktion in Dänemark und den Niederlanden ab den 1980ern an. Gemeinsam sei beiden Ländern eine ökonomisch schlechte Lage gewesen, welcher konservative Regierungen mit einer Reduzierung des Budgetdefizits zu begegnen versucht hätten. Doch während in den Niederlanden die Sozialausgaben reduziert worden seien, habe dies in Dänemark nicht stattgefunden. Zohlhörer führte dies auf die Konstellation im Parteiensystem zurück. Hierzu müsse zwischen einem bipolaren (Dänemark) und einem „pivotal party system“ (Niederlande) unterschieden werden. Einen weiteren Vergleich eines auf den ersten Blick heterogeneren Länderpaars stellte MARTIN LENGWILER (Basel) an. Trotz der augenfälligen Unterschiede zwischen der Schweiz und Griechenland sei beiden jedoch im Hinblick auf wohlfahrtsstaatliche Entwicklung ein „Spätstart“ gemeinsam. Darüber hinaus falle bei beiden Ländern eine Einordnung in gängige Wohlfahrtsstaats-Typologien schwer. Die Beschreibung der Entwicklungen konzentrierte sich dann vor allem auf den Schweizer Fall. Festzuhalten sei hier die Tendenz seit den 1970ern, dem Staat in der sozialen Sicherung eine aktivere Rolle zuzuweisen. Tatsächliche Realisierungen von Reformvorhaben hätten sich dabei zumeist über längere Zeiträume hingezogen. Reformen des griechischen Wohlfahrtsstaates hätten hingegen insbesondere nach dem Wahlsieg der PASOK 1981 stattgefunden, der kli-

entelistische und fragmentierte Charakter des Systems habe jedoch nicht überwunden werden können. HENRI STERDYNIAK (Paris) stellte die Frage nach der französischen „Abhängigkeit“ von öffentlichen Ausgaben. In liberaler Perspektive gelte Frankreich als in einer Anspruchsspirale gefangener, korporatischer Staat; aus sozialdemokratischer Perspektive hingegen als erstrebenswerte „mixed economy“. Historisch habe in der zweiten Hälfte der 1970er ein Anstieg der Staatsausgaben eingesetzt. Für die meiste Zeit der letzten 40 Jahre lasse sich feststellen, dass die Ausgaben schneller als das BIP gewachsen seien. Hervorgehoben wurde die große Bedeutung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor sowie der regionalen und kommunalen Ebene. Insgesamt befinde sich Frankreich in einer schwierigen Lage – die hohen öffentlichen Ausgaben und die Ineffizienz der administrativen Strukturen machten Reformen nötig; zugleich sollten dies nicht zu einer Ausgaben-Phobie führen, durch die öffentliche Leistungen beschädigt würden. In der Diskussion zum zweiten Panel wurde erörtert, welche Rolle internationale Organisationen und Strukturen für wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen spielen würden. Zudem wurden zu einfach konstruierte Zusammenhänge zwischen Wahlsystem und wohlfahrtsstaatlichem System hinterfragt und eine Ergänzung um kulturelle und soziale Faktoren vorgeschlagen. Im Kommentar von FRANZ-XAVER KAUFMANN (Bielefeld) wurde die Vielfalt der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade und die Widerstandsfähigkeit von Sozialstaatsausgaben betont.

Im dritten Panel wurden Entwicklungstendenzen der Staatsverschuldung betrachtet – sowohl in „Mikroperspektiven“ einzelner Staaten als auch in der „Makroperspektive“ international vergleichender Studien, was äußerst vielversprechend erschien. Dabei näherte sich zunächst HANS-PETER ULLMANN (Köln) der Politik zunehmender Verschuldung in der Bundesrepublik der 1970er mithilfe des Begriffs der „Schuldenillusion“. Dies schilderte er als eine „Doppelillusion“, bestehend aus einem Glauben an die Möglichkeit zur langfristigen schuldenbasierten Finanzierung staatlicher Aktivitäten sowie der Überzeugung, Wirtschaftskrisen mit staatli-

cher Verschuldung begegnen zu können. Getragen worden sei diese von einer breiten „advocacy coalition“. Ab Mitte der 1970er habe sich dann eine Gegenkoalition zu formieren begonnen, die eine Umdeutung politischer Konzepte, Ziele und Instrumente betrieben habe, so dass sich die „Schuldenillusion“ schließlich verflüchtigt habe. Eine Makroperspektive einnehmend, sprach sich sodann MORITZ SCHULARICK (Bonn) für eine Veränderung der bisher dominanten Bewertung staatlicher und privater Verschuldung aus. Während in der Wirtschaftswissenschaft private Verschuldung eher als unproblematisch verstanden würde, stünde staatliche Verschuldung unter dem Generalverdacht der Verschwendungssucht. Er präsentierte daraufhin vier „historical facts“: 1. Im Zuge der in der Geschichte des modernen Kapitalismus ungekannten Zunahme der Verschuldung in der „Nach-Boom“-Zeit steche vor allem die private Verschuldung hervor; 2. Gefährdungen der finanziellen Stabilität hätten ihre Ursprünge eher im privaten Sektor; zugleich seien Verluste in Finanzkrisen häufig „verstaatlicht“ worden; 3. Demokratien seien in der Lage, auf hohe Staatsverschuldungen durch adäquate Politikveränderung zu reagieren; und 4. eine vergleichende Analyse der „Verschuldungspfade“ zeige, dass ein positiver Einfluss der Größe des Wohlfahrtsstaates auf staatliche Verschuldung existiere. Hervorzuheben sei jedoch auch die negative Korrelation von Verschuldung im privaten und öffentlichen Sektor. Dies spreche dafür, das Augenmerk stärker auf deren Interaktion zu richten. BENJAMIN LEMOINE (Paris) untersuchte die konkrete Gestaltung des französischen Marktes für Staatsanleihen seit den 1960ern. „Nach dem Boom“ sei es zu einer zunehmenden „Marketization“ der französischen Staatsverschuldung gekommen. Im Arrangement der unmittelbaren Nachkriegszeit habe noch das Schatzamt im Zentrum gestanden und sei die Staatsfinanzierung zu für den Staat günstigen Bedingungen gewährleistet worden. Dieses System sei jedoch zunehmend in die Kritik geraten. Dies sei ein Projekt administrativer Eliten gewesen, denen es vor allem um Inflationsbekämpfung gegangen sei. Staatsverschuldung sollte sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen abspielen und

der Staat zum „normalen“ Schuldner werden. Vor dem Hintergrund dieser geänderten Praxis galt es, im internationalen Wettbewerb attraktive Angebote für potentielle Staatsgläubiger zu schaffen. Als letzter Beitrag im dritten Panel nahm STEFANO BATTILOSSI (Madrid) das Phänomen „finanzieller Repression“ in verschiedenen südeuropäischen Ländern in den Blick. In den Jahren des „goldenen Zeitalters“ seien in diesen Staaten die fiskalischen Kapazitäten hinter denen anderer Industrieländer zurückgeblieben. In Reaktion auf durch politische Entwicklungen hervorgerufenen „spending shocks“ sei es dann Mitte der 1970er zu einer Zunahme der Staatsverschuldung gekommen. Zu deren Verlangsamung hätten die Länder versucht, Einnahmen durch Seigniorage und „finanzielle Repression“ zu generieren. So sei es zu einer Schwächung der fiskalischen Disziplin und zur Hinauszögerung von Anpassungsmaßnahmen gekommen. In der Diskussion zum dritten Panel wurde zum einen die Frage nach der Bedeutung von Keynesianismus und Monetarismus im Zusammenhang mit der deutschen „Schuldenillusion“ erörtert. Ideengeschichtlich interessant waren zum anderen die Bemerkungen im Kommentar von ADAM TOOZE (Yale) zu den drei Generationen von „Public debt“-Literatur seit den 1970ern.

Das vierte Panel trat als einziges unter einer expliziten Frage zusammen: „Public Finance after the Boom: Neoliberal Convergence?“ Vorausgeschickt sei, dass diese unbeantwortet blieb, da sich keiner der Beiträge explizit der Frage neoliberaler Konvergenzentwicklung widmete. Allerdings tauchten Aspekte von Konvergenz und Divergenz durchaus auf: Als Einstieg entfernte sich SVEN STEINMO (Florenz) von einer engeren finanzpolitischen Fokussierung und thematisierte die Frage nach der mit dem Phänomen „Globalisierung“ verbundenen Erwartung eines „Race to the Bottom“ in der Steuerpolitik. Im Anschluss kehrte ANN PETTIFOR (London) zum engeren Bereich der Finanzpolitik zurück und verwies auf die bedeutsame Rolle zunehmender Kapitalmobilität und der Deregulierung des Finanzsektors für die Staatsverschuldung seit Mitte der 1970er. Zudem stellte sie einige Überlegungen zum Wesen des Kredits an,

der eben keine Ware wie jede andere sei. DAVID K. JESUIT (Michigan) und VINCENT A. MAHLER (Chicago) präsentierten Ergebnisse einer umfassenden Auswertung der „Luxembourg Income Study“-Daten im Hinblick auf die Entwicklung der Einkommensverteilung und der staatlichen Redistribution in 19 Ländern seit 1970. Ein besonderes Interesse lag in der Betrachtung der redistributiven Rolle des Staates. Dabei wurden zunächst vom Staat unbeeinflusste „pre-government“-Haushaltseinkommen konstruiert, während in „post-government“-Einkommen Transferleistungen und Steuern integriert wurden. Festgehalten wurde, dass beim „pre-government“-Gini-Koeffizienten die niedrigsten Werte bei der Schweiz und Norwegen und den höchsten Werten bei Griechenland und Spanien vorlägen. Das „Ranking“ der Staaten verändere sich deutlich, wenn man auf den „post-government“-Gini schaue: Drastisch sei hier besonders der Positionswechsel der USA, die zum Land mit dem höchsten Gini-Koeffizienten aufsteigen würde. Als einziger Beitrag der Konferenz nahm MARIA WERSIG (Hildesheim) einen Gender-Aspekt in den Blick. Dabei war ihr Ziel, die Auswirkungen von Besteuerungspraktiken auf die Geschlechtergleichheit vergleichend zu untersuchen. Das Ende der 1950er entstandene deutsche System begünstige Haushalte mit „Alleinvertienner“, während in Schweden seit den 1960ern ein Übergang zu einem System individueller Besteuerung vollzogen worden sei, was weibliche Arbeitsmarktpartizipation befördere. In seinem Kommentar stellte CHRISTOPH CONRAD (Genf) die Frage nach einer transnationalen Betrachtungsweise: Während Historiker vielleicht in letzter Zeit dazu tendieren würden, die nationalstaatliche Perspektive zu unterschätzen, sei sie hier womöglich unterschätzt worden, so dass die gegenseitige Abhängigkeit der getrennt voneinander betrachteten Einheiten untersucht werden müsse.

In gewisser Weise versprach schließlich die Besetzung des letzten Panels das Versprechen einzulösen, was das vorherige im Hinblick auf eine Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus nicht gehalten hatte. Zunächst ging es erneut nach Großbritannien. MARTIN

CHICK (Edinburgh) befasste sich mit Veränderungen in der Zusammensetzung der Ausgabenseite der öffentlichen Finanzen. Besonders interessierte ihn der Rückgang staatlicher Investitionen. Einen Schwerpunkt legte Chick auf die Verfahren der Regierung zur Bewertung von öffentlichen Investitionsprojekten. Dabei sei es in den späten 1960ern zu einem Übergang von einer „Ex Post“- zu einer „Ex Ante“-Perspektive gekommen. In einer breiter angelegten Perspektive schilderte WOLFGANG STREECK (Köln) die Entwicklung des westlichen Kapitalismus der letzten 40 Jahre. Die 1970er- und 80er-Jahre seien durch die Krise des „Steuerstaats“ und den Übergang zum „Schuldenstaat“ gekennzeichnet. Dies sei keine Folge einer demokrati-einhärenten Überbeanspruchung, sondern einer „neoliberalen Revolution“ gewesen. In den späten 1990ern hätten dann erste Konsolidierungsversuche stattgefunden. Nach einer krisenbedingten Anhäufung eines neuen Schuldenberges nach 2008 habe dann der Übergang zum neoliberalen „Konsolidierungsstaat“ verstärkt eingesetzt. Seit der Finanzkrise würden demokratisch gewählte Regierungen durch „Expertenregierungen“ ersetzt und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten reduziert. Die Ansprüche der „expliziten Gläubiger“ würden den sozialen Rechten der Bürger gegenüber bevorzugt. BOB JESSOP (Leicester) stellte Merkmale kapitalistischer Staatstypen vor – insbesondere des „Steuerstaates“. Dabei bestehe ein komplexer und widersprüchlicher Zusammenhang zwischen Kapital, Staat und Besteuerung. Des Weiteren stellte er einige Überlegungen zur Charakteristik von fiskalischen Krisen an. Zudem versuchte Jessop, seine Überlegungen in einen globalen Kontext einzuordnen und hierbei den „Variegated Capitalism“-Ansatz anzuwenden. Eine „ökologische Dominanz“ würde dabei heute der finanzmarktdominierte Neoliberalismus ausüben, während die Eurozone unter dem „Schatten des Neomerkantilismus“ stünde. ANDREAS WIRSCHING (München) stellte in seinem Kommentar die Frage, inwieweit die „soziale Demokratie“ als endendes historisches Experiment angesehen werden müsse und ob die Annahme stabiler sozialer Gleichgewichtszustände, wie sie die „Boom“-Periode erzeugt habe, über-

haupt gerechtfertigt sei. Im Abschlusskommentar nahm ALEXANDER NÜTZENADEL (Berlin) den Tagungstitel kritisch unter die Lupe und fragte, ob wegen der engen Verflechtung von privater und staatlicher Verschuldung zu konstatieren sei: „The whole concept of Public Finance is over.“

Abschließend sei festgehalten, dass insbesondere in der Rückschau das von den Tagungsveranstaltern zusammengestellte Programm in seiner thematischen Vielfalt als beeindruckend bezeichnet werden muss. Eine Fülle von gehaltvollen Beiträgen sorgte dafür, dass das Thema aus einer Vielzahl von Blickwinkeln beleuchtet wurde, wobei sich gerade zwischen den Beiträgen verschiedener Panels interessante Querverbindungen ergaben. Das anfangs ausgerufene Ziel eines intensiven interdisziplinären Austausches wurde jedenfalls erreicht, wenn sich auch gelegentlich Klärungsbedarf und Divergenzen im Hinblick auf wichtige theoretische Grundlagen ergaben – was allerdings nicht zwingend entlang von disziplinären Grenzen verlief. Insbesondere vor dem Hintergrund der düsteren Gegenwartsdiagnosen am Ende der Tagung und der hierbei identifizierten engen Verbindung von öffentlichen Finanzen, Demokratie und sozialen Verhältnissen lässt sich jedenfalls festhalten, dass die Betrachtung der öffentlichen Finanzen ein vielversprechender Ausgangspunkt für die Analyse der Gesellschaft sind.

Konferenzübersicht

Michael Wildt (Berlin) Welcome

Marc Buggeln (Berlin): Introduction

Panel I: The Taxing Task

Chair: Friedrike Sattler (Frankfurt/Main)

Martin Daunton (Cambridge): Meade to Mirlees: The failure of tax reform in Britain

Marc Buggeln (Berlin): Schmidt-Kohl-Schröder: Continuity and Change in West German Tax Policy

W. Elliot Brownlee (Santa Barbara)/Eisaku Ide (Tokyo): Taxation and Tax Consent in the United States and Japan since the 1970s

Gisela Hürlimann (Zürich): Rising inequality in an evolving welfare state. Taxation in Swit-

zerland since the 1970's

Commentator: Mark Spoerer (Regensburg)

Keynote Lecture

Peter H. Lindert (Davis (CA)): Postwar Fiscal Traps

Panel II: The Spending Side – The Crisis of the Welfare State?

Chair: Nikolaus Wolf (Berlin)

Reimut Zohlnhöfer (Heidelberg): From „brink of the abyss“ to „miracle“? Public spending in Denmark and the Netherlands since 1980

Martin Lengwiler (Basel): Reforming Fragmented Welfare Systems: Switzerland and Greece since the 1970s

Henri Sterdyniak (Paris): France (1970-2013): A public spending addiction?

Commentator: Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld)

Panel III: Debt and Government

Chair: Carl-Ludwig Holtfrerich (Berlin)

Hans-Peter Ullmann (Köln): The end of the „debt illusion“ in the Federal Republic in the late seventies

Moritz Schularick (Berlin/Bonn): Public & Private Debt 1970-2010

Benjamin Lemoine (Paris): Making the French Sovereign Bond Market and shaping the Public Debt Problem since the 1970s

Stefano Battilossi (Madrid): Fiscal adjustment and debt policy in high seigniorage countries of Southern Europe

Commentator: Adam Tooze (Yale)

Panel IV: Public Finance after the Boom: Neo-liberal Convergence?

Chair: Ralf Ahrens (Potsdam)

Sven Steinmo (Florenz): Paying our Taxes: Why are some people more honest than others?

Ann Pettifor (London): Financial liberalization and the impact on public spending in Anglo-American economies

David K. Jesuit (Michigan)/Vincent Mahler (Chicago): Fiscal redistribution in the developed world since the 1970s: Evidence from the

Luxembourg Income Study

Maria Wersig (Hildesheim): Tax Systems and Gender Equality – Approaches in Austria, Germany and Sweden

Commentator: Christoph Conrad (Genf)

Panel V: Public Finance and the Changing Role of the State at the End of the Century

Chair: Günther Schulz (Bonn)

Martin Chick (Edinburgh): The State, public finance and the changing response to investing in the future: the case of the United Kingdom since the 1970s

Wolfgang Streeck (Köln): The end of postwar-democracy and the rise of the consolidation state

Bob Jessop (Leicester): Public Finance and the changing form and functions of the state in response to economic, fisco-financial, and political crises

Commentator: Andreas Wirsching (München)

Closing Comment: Alexander Nützenadel (Berlin)

Tagungsbericht *Leviathan after the Boom. Public Finance in the industrialized Western Countries since the 1970's*. 13.06.2013–15.06.2013, Köln, in: H-Soz-u-Kult 17.10.2013.